

DIE LINKE. Bayern Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13 90489 Nürnberg

Deutscher Hanfverband  
Jürgen Neumeyer  
Per E-Mail

**Uschi Maxim**  
Landessprecherin  
**Ates Gürpınar**  
Landessprecher  
**Landesverband Bayern**  
Äußere Cramer-Klett-Straße  
90489 Nürnberg  
Schwanthalerstr. 139  
80339 München  
[www.die-linke-bayern.de](http://www.die-linke-bayern.de)  
[uschi.maxim@die-linke-bayern.de](mailto:uschi.maxim@die-linke-bayern.de)  
[ates.guerpinar@die-linke-bayern.de](mailto:ates.guerpinar@die-linke-bayern.de)

---

## Wahlprüfsteine

Nürnberg, den 04. September 2018

Sehr geehrter Herr Neumeyer,

Vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine, die wir anliegend beantworten. Bei Nachfragen stehen wir gern zur Verfügung und verbleiben

mit solidarischen Grüßen,

Susanne Lang

*-Redaktion Wahlprüfsteine-*

## **Wahlprüfsteine Deutscher Hanfverband**

**1. Die deutsche Drogenpolitik basiert auf vier Säulen: Prävention, Beratung und Behandlung, Überlebenshilfe und Schadensminimierung, Repression und Angebotsminimierung. In Deutschland werden weit mehr Ressourcen für Repression als für Prävention ausgegeben. Wie bewerten Sie die Schwerpunktsetzung in der Drogenpolitik? Halten Sie Repression und die Kriminalisierung von Drogenkonsumenten für eine sinnvolle Säule der Drogenpolitik?**

### **Antwort:**

Drogen sind eine Alltagserscheinung: Legale Drogen wie Alkohol und Nikotin sind allgegenwärtig. Verbotene Drogen werden trotz Verbot gehandelt und konsumiert. Riskanter Konsum und Abhängigkeit können zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und menschlichen Tragödien führen. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts über deren Gefährlichkeit aus. Im Gegenteil: Nikotin und Alkohol schaden der öffentlichen Gesundheit in Deutschland mehr als alle illegalen Drogen zusammen. Die gesellschaftliche Verharmlosung legaler Drogen ignoriert, dass in Deutschland neben Alkohol- und Nikotin auch Spiel- und Arzneimittelabhängigkeit weit verbreitet sind. Die Alkohol- und Tabakregulierung ist besonders lasch, beide Suchtmittel praktisch überall erhältlich und auch im internationalen Vergleich preiswert zu haben. Diese Ungleichbehandlung ist nicht zu rechtfertigen und die Regulierung von legalen und illegalen Suchtstoffen muss sich langfristig einander annähern.

Gesundheitliche und gesellschaftliche drogenbedingte Schäden so gering wie möglich zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel. Tatsächlich nehmen Menschen aber Drogen und sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. Die Strafverfolgung stärkt die organisierte Kriminalität, behindert eine glaubwürdige Präventionsarbeit, erhöht die Hürden für die Drogen- und Suchthilfe, verhindert jeden Jugend- und Verbraucherschutz. Die Dämonisierung und Kriminalisierung von Drogen verfehlt gerade auch bei Jugendlichen das behauptete Ziel der Abschreckung.

Drogenpolitik muss eine präventive, sachliche und glaubwürdige Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen ermöglichen. Nur so kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln entwickelt werden. Wenn Drogenkonsum problematische Ausmaße annimmt, muss schnell und unkompliziert Hilfe geleistet werden. Statt ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitzustellen, gibt Deutschland aber über 80 Prozent seiner Ausgaben im Drogenbereich für die Strafverfolgung aus.

Im Bereich der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen – wir wollen Hilfe statt Repression. Die Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsum durch Verbote nicht eingeschränkt werden kann. Kriminalisierung und Ausgrenzung tragen weder zur Sicherheit der Bevölkerung bei, noch sind sie eine Hilfe für die Abhängigen. Wir wollen keine Angst verbreiten, sondern über die Gefahren und Risiken des Drogenkonsums informieren. Frühestmögliche und umfassende Aufklärung ist das beste Mittel um dem Missbrauch von Drogen und Medikamenten sinnvoll entgegenzutreten.

DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die sich am aktuellen wissenschaftlichen Stand und am Wohl der Allgemeinheit orientiert. Wir wollen politische Maßnahmen, Angebote und Prävention, anstatt diese Problematik allein als polizeiliche Aufgabe zu betrachten.

DIE LINKE setzt auf eine akzeptierende Drogenpolitik, bei der nicht die Entwöhnung der Süchtigen im Vordergrund steht, sondern die Verbesserung ihrer Lebenssituation bei gleichzeitiger Akzeptanz des Drogenkonsums. Dieser Ansatz resultiert auch aus der Erfahrung des Misserfolges von Zwangstherapien, dem Elend und der Kriminalisierungsspirale, in welchen viele Konsumenten von sogenannten „harten“ Drogen stecken: Beschaffungskriminalität, (Zwangs-)Prostitution, Gefängnis,

Ansteckung mit Hepatitis, HIV und anderen schlimmen Erkrankungen und Todesfällen durch Streckmittel oder falsche Dosierung.

**2. Menschen, die Cannabis konsumieren, werden immer noch strafrechtlich verfolgt. Wollen Sie diese Strafverfolgung generell mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

**Antwort:**

Fast 200.000 Menschen sterben jährlich infolge des Drogenkonsums. Mitverantwortlich ist auch die Tatsache, dass die Produktion, der Handel und Verkauf der Drogen der organisierten Kriminalität überlassen werden und die Substanzen oft massiv und lebensgefährlich verunreinigt sind. Eine staatliche Regulierung gräbt den Drogenkartellen ihr Geschäftsmodell ab und schützt Konsumenten.

Mittlerweile lässt sich weltweit ein allmähliches Umdenken in der Drogenpolitik beobachten. Nach Uruguay und einigen US-Bundesstaaten hat nun auch Kanada kürzlich ein Gesetz zur Legalisierung von Cannabis verabschiedet – andere Länder werden sicherlich folgen. Deutschland hält aber bedauerlicherweise nach wie vor an der restriktiven Verbotspolitik fest. Das geht auf Kosten von Konsumenten und Drogenabhängigen. Wir brauchen endlich eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten, bessere Präventions- und Hilfsangebote bei Suchtproblematiken, und zur Stärkung des Gesundheitsschutzes müssen wir endlich den Schwarzmarkt und die organisierte Kriminalität austrocknen.

**3. Nach dem Urteil des BVerfG von 1994 sollen "Geringe Mengen" für den Eigenbedarf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Wie stehen Sie zur aktuellen Verordnung zur Anwendung der "Geringen Menge" nach §31a BtmG in Bayern und planen Sie Änderungen?**

**Antwort:**

Unsere Bundestagsfraktion hat im Februar diesen Jahres Parlamentarische Initiativen eingebracht, die Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung fordert, sich für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum einsetzt.

Die Kriminalisierung von Cannabis ermöglicht einen unkontrollierten Schwarzmarkt ohne jeglichen Jugend- und Verbraucherschutz. Das Drogenstrafrecht bindet darüber hinaus massive Ressourcen bei Polizei und Justiz. Eine Legalisierung würde die Justiz entlasten, außerdem bietet eine kontrollierte Abgabe den Konsumenten einen besseren Schutz der Konsumierenden und mindert Gesundheitsrisiken, die durch den illegalen Verkauf von Cannabis mit zweifelhafter Qualität entstehen.

Mit dieser Initiative haben wir gefordert,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach § 31a BtMG regelt, dass von einer strafrechtlichen Verfolgung bei Volljährigen abgesehen werden muss, wenn sich die Tat auf bis zu 15 Gramm getrocknete Teile der Cannabispflanze oder äquivalente Mengen anderer Cannabiserzeugnisse (z. B. Marihuana, Haschisch) oder bis zu drei Cannabispflanzen, die ausschließlich dem Eigenkonsum dienen, bezieht;
2. darauf hinzuwirken, dass die durch die Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes freiwerdenden finanziellen Mittel bei Polizei- und Justizbehörden in die Bereiche Prävention, Beratung und Behandlung sowie Schadensreduzierung umgeleitet werden;
3. Möglichkeiten zu prüfen, wie legale Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden können (bspw. über eine staatlich kontrollierte Abgabe durch Cannabisclubs), um die Entstehung von

Schwarzmärkten und die damit verbundene organisierte Kriminalität und das Risiko gesundheitlicher Schäden durch mangelhafte Qualität einzudämmen.

( <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900832.pdf> )

**4. Wollen Sie die Strafverfolgung des Anbaus weniger Hanfpflanzen zur Deckung des Eigenbedarfs mildern, verschärfen oder unverändert lassen?**

**5. Nach §3 Abs. 2. BtMG kann eine Kommune oder ein Land eine Ausnahmegenehmigung für eine legale Veräußerung von Cannabis beantragen, wenn dies im wissenschaftlichen oder öffentlichen Interesse liegt. Wie stehen Sie zu einem Modellversuch für eine kontrollierte Veräußerung von Cannabis an Erwachsene?**

**Antwort zusammen:**

Wir wollen für Cannabis eine legale und vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Das Bundesbetäubungsmittelrecht soll so geändert werden, dass Bundesländer eigenständig über wissenschaftliche Modellprojekte zur regulierten Abgabe von Cannabis entscheiden können.

**6. Ein regulierter legaler Markt bietet die Möglichkeit von Qualitätskontrollen bei Cannabisprodukten. Auf dem heutigen Schwarzmarkt sind der Wirkstoffgehalt sowie mögliche Verunreinigungen und Beimengungen des Cannabis für den Konsumenten nicht ersichtlich. Unter dem Aspekt der Schadensminimierung wäre die Möglichkeit für anonyme Substanzenanalysen ein drogenpolitisches Instrument, das auch jetzt genutzt werden könnte. Wie stehen Sie zur Qualitätskontrolle (Drug-Checking) von Substanzen wie Cannabis?**

**Antwort:**

DIE LINKE unterstützt Drug-Checking, weil es die Konsumierenden vor Überdosierungen und Streckmitteln schützt und Konsumierende niedrigschwelliger und ohne Bevormundung mit zielgruppenspezifischen Aufklärungs- und Präventionsprogrammen in Kontakt kommen. Außerdem kann Drug-Checking die Verbreitung von Streckmitteln und die Konzentration der Substanzen dokumentieren, um Trends auf dem illegalisierten Drogenmarkt aufzuspüren. Dadurch können Präventions-, Aufklärungs- und Suchtberatungsprogramme frühzeitig weiterentwickelt werden.

**7. Cannabiskonsumenten werden bei der Überprüfung der Fahreignung gegenüber Alkoholkonsumenten benachteiligt. Selbst ohne eine berauschte Teilnahme am Straßenverkehr kann Menschen, die Cannabis konsumieren, der Führerschein über das Verwaltungsrecht entzogen werden. Setzen Sie sich für eine Gleichbehandlung mit Alkoholkonsum bei der Auslegung der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) ein?**

**8. Der reine Besitz von Cannabis – ohne einen Bezug zum Straßenverkehr – wird nahezu regelmäßig von der Polizei an die Führerscheinstellen gemeldet Dies widerspricht u.E. der**

**Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 20.06.2002, in dem u.a. festgestellt wird, dass der Besitz, der einmalige oder gelegentliche Konsum von Cannabis ohne Einfluss auf das Führen von Kraftfahrzeugen im Straßenverkehr keine fahrerlaubnisrechtlichen Maßnahmen nach sich führen sollte. Wollen Sie in Bayern an dieser Praxis festhalten oder diese ändern?**

**Antwort zusammen:**

Wir wollen die Regelungen zu Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden.

**9. Viele drogenpolitische Maßnahmen betreffen eher Bundesrecht. Haben Sie vor, Ihre drogenpolitischen Positionen, beispielsweise über Bundesratsinitiativen, auch bundesweit zu vertreten?**

**Antwort:**

DIE LINKE steht für eine Drogenpolitik, die aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse ohne ideologische Scheuklappen berücksichtigt. Wir fordern eine unabhängige Evaluierung des Betäubungsmittelstrafrechts, die überprüft, ob es die Ziele erreicht und welche unerwünschten Wirkungen es entfaltet.

Wir wollen Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte, niedrigschwellige therapeutische Hilfen ausbauen. Die Konsumierenden zu kriminalisieren reduziert den Drogenkonsum nicht. Wir fordern langfristig legale und regulierte Bezugsmöglichkeiten von Drogen, die den Wunsch nach Rausch so kanalisiert, dass die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Schäden möglichst gering gehalten werden. Kurzfristig wollen wir den Besitz von geringen Mengen zum Eigengebrauch entkriminalisieren, wie es Portugal und andere Länder mit Erfolg bereits getan haben. Für Cannabis wollen wir den Anbau zum eigenen Bedarf erlauben sowie den genossenschaftlich organisierten und nichtkommerziellen Anbau über Cannabis-Social-Clubs ermöglichen.

Abhängigen zu helfen bedeutet vor allem, ihnen zur Rückkehr in ein selbstbestimmtes Leben zu verhelfen. Hilfe zur Abstinenz kann, muss aber nicht Bestandteil der Therapie sein. Heroinkonsumentinnen und -konsumenten müssen flächendeckend die Möglichkeit zu einer Substitutionsbehandlung mit Methadon, Diamorphin oder anderen Substitutionsmitteln haben, damit sie die Zeit in der Sucht gesundheitlich stabilisiert überleben. Die medizinisch-fachlichen Einschränkungen zur Substitution in Gesetzen und Verordnungen müssen abgeschafft werden. Die Versorgung von Abhängigen mit spezialisierter Psychotherapie und psychosozialer Beratung muss ausgebaut werden.

DIE LINKE hält die Strategie, die negativen Folgen von Drogenkonsum zu reduzieren (harm reduction), für sinnvoll. Wir wollen das Testen von Drogen auf Identität und Reinheit (drugchecking) bundesweit ermöglichen und Projekte durch Bundesmittel finanzieren. Drogenkonsumräume sowie die Vergabe und Entsorgung von Konsummaterialien verringern die Begleitrisiken des Konsums, zum Beispiel HIV/AIDS und Hepatitis, enorm. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern diese Möglichkeiten ausbauen und unnötige Hürden beseitigen. Wir möchten, dass eZigaretten als erhebliche risikoärmere Alternative zur Tabakzigarette in ihrer Vielfalt weiter verfügbar bleiben und staatliche, wissenschaftlich neutrale Aufklärungskampagnen über die Chancen für Raucherinnen und Raucher und die Risiken des eZigaretten-Konsums initiiert werden.

Der Bund soll weitere Forschung zu Chancen und Risiken von eZigaretten initiieren. Der Nichtraucherschutz muss weiter erhöht werden. Die Linksfraktion fordert ein komplettes Verbot von Werbung, Sponsoring und andere Marketingmaßnahmen im Zusammenhang mit Tabak- und Alkoholprodukten.

Spielsucht ist ein erhebliches Problem für die Betroffenen und die Gesellschaft. Obwohl Spielautomaten in hohem Maße suchtauslösend sind und Menschen finanziell ruinieren können, gelten sie nicht als Glücksspiel und unterliegen nicht dem staatlichen Glücksspielmonopol. Wir wollen über gesetzliche Vorgaben dafür sorgen, dass Spielautomaten weniger suchtauslösende Eigenschaften besitzen und ein konsequenterer Spielerschutz durchgesetzt wird. Für gastronomische Einrichtungen fordern wir ein Verbot von Spielautomaten.

**10. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Landespartei und Landtagsfraktion in der aktuellen Legislaturperiode?**

**Antwort:**

In der aktuellen Legislaturperiode war unsere Partei nicht im Landtag vertreten. Wie oben erwähnt, war unsere Partei aber über den Bundestag mit Initiativen aktiv.

**11. Welche drogenpolitischen Initiativen plant Ihre Partei und Fraktion für die kommende Legislaturperiode?**

**12. Es werden derzeit unterschiedliche Modelle für die Legalisierung weltweit diskutiert und teilweise erprobt. Die öffentliche Zustimmung für eine Legalisierung steigt derzeit rasant. Die Frage ist nicht mehr so sehr, ob wir legalisieren, sondern wie wir regulieren. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein regulierter Markt für Cannabisprodukte aussehen?**

**Antwort zusammen:**

Mit unserem Wahlprogramm fordert DIE LINKE. Bayern:

- objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen- und Medikamentenmissbrauchs.
- Konsum, Besitz, Erwerb, Einfuhr und Anbau sollen entkriminalisiert werden; kontrollierter Handel mit Cannabis soll unter Berücksichtigung des Jugendschutzes zugelassen werden.
- Wir wollen mehr Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige sowie psychosoziale Beratungs- und Betreuungsstellen und Streetworkerinnen und Streetworker.
- Wir wollen Drogenkonsumräumen zulassen und einrichten.
- Für Schwer- und Suchtkranke soll die rezeptfreie Abgabe von Cannabismedikamente vereinfacht werden.